

Stadtverwaltung Singen (Hohentwiel)

- **Eigenbetrieb Stadtwerke Singen**
- **Eigenbetrieb Kultur & Tagung Singen**

Information gem. Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen

1. Für die Verarbeitung Verantwortlicher:

1.1 Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Stadt Singen, vertreten durch den Oberbürgermeister Bernd Häusler,
Hohgarten 2 , 78224 Singen Telefon: 07731/85-0 E-Mail: info@singen.de

1.2 Datenverarbeitende Stelle:

Stadtverwaltung Singen,
Fachbereich Zentrale Aufgaben/Finanzen/Betrieb
Abteilung Zentrale Aufgaben - Zentrale Vergabestelle -
Hohgarten 2
78224 Singen
07731/85-134/-175
zentraleverwaltung@singen.de
zentralevergabestelle@singen.de

2. Der bzw. die Behördliche Beauftragte für den Datenschutz

Stadtverwaltung Singen
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r
Hohgarten 2
78224 Singen
07731/85-500
datenschutzbeauftragter@singen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere

- zum Bereitstellen von Vergabeunterlagen

- zur Beantwortung von Bieterfragen
- zur Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- zur Abfrage und Überprüfung der Eignung, Fachkunde und Leistungsfähigkeit
- zum Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- zur Aufnahme und Pflege der Bieterkartei (Fachabteilung)
- zu Dokumentationszwecken
- zur Durchführung in der Vertrags- bzw. Bestellabwicklung
- zu Kommunikationszwecken

Die Datenerhebung ist notwendig zur Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b und lit. c DSGVO in Verbindung mit der Vergabeverordnung (VgV), dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB/A) erhoben.

Ohne die Daten bzw. die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden - soweit dies erforderlich ist - weitergegeben an

- das Bundeskartellamt zur Einholung von Auskünften aus dem Wettbewerbsregister
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- beauftragte externe Dienstleister (z. B. Projektsteuerer, Planungs- bzw. Ingenieurbüros, Ausschreibungsdienstleister, u. ä.)
- Teilnehmer von Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen
- die Fachabteilung zur Prüfung der eingegangenen Angebote und Erteilung des Zuschlags
- an die zuständige Nachprüfungsstelle, Vergabekammer bzw. Rechtsanwälte/ Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten
- Vergebene Aufträge von Lieferungen und Leistungen: Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Freihändigen Vergaben (Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb) ab einem Auftragswert von 25.000 Euro netto wird für die Dauer von 3 Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält zumindest auch den Namen des beauftragten Unternehmens.
- Vergebene Aufträge von Bauleistungen: Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25.000 Euro netto und bei Freihändigen Vergaben ab einem Auftragswert von 15.000 Euro netto wird für die Dauer von sechs Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält zumindest auch den Namen des beauftragten Unternehmens.

- Zuwendungsgeber im Falle von Zuwendungen

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.

5. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Stadtverwaltung Singen so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer von Vergabeunterlagen beträgt 10 Jahre.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Artikel 21 DS-GVO).

Einschränkung Ihrer Rechte als Betroffene ergeben sich aus Art. 23 DS-GVO in Verbindung mit den §§ 8 – 11 Landesdatenschutzgesetz

7. Pflicht zur Bereitstellung von Daten:

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und / oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständige Aufsichtsbehörde

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart,
poststelle@lfdi.bwl.de.

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.